

10.12.2019

Antrag

der Fraktion der SPD

Wege zu mehr Verantwortungsbewusstsein in der Konsumgesellschaft

Konsum als Messlatte des persönlichen Erfolgs, als Ausdruck von Individualität und als Statussymbol prägt sowohl unseren Lebenswandel als Verbraucherinnen und Verbraucher als auch die Produktionsweisen unserer Volkswirtschaften. Weltweit ist unsere Gesellschaft, insbesondere in den industrialisierten Staaten, auf Konsum ausgerichtet.

Die Konsumgüterindustrie hatte in der Bundesrepublik maßgeblichen Anteil am beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung der 1950er und 60er Jahre. Konsum war damit auch für lange Zeit Basis für Beschäftigung: Mehr Konsum stand für die Sicherung von Arbeitsplätzen durch Ausweitung der Produktion. Die Begleitumstände dieser Produktion und unseres Konsums, also der Ressourcenverbrauch, die Verschmutzung von Luft und Wasser, die Nutzung von Land und Flächen, oder auch die Abfallthematik wurden kaum bis gar nicht beachtet. Erklärtes und oberstes Ziel war das Wachstum der Volkswirtschaft und damit die Schaffung von Wohlstand.

Sowohl bei der Herstellung von Konsumgütern, als auch bei der vorgelagerten Rohstoffgewinnung verursachen wir mit unserer bisherigen Produktions- und Lebensweise Folgekosten, die wir nicht unmittelbar spüren. Diese sog. „externalisierten“ Kosten entstehen vorrangig im globalen Süden und haben dort für die Menschen oft fatale Folgen und Erscheinungsformen, die sich z.B. in Kinderarbeit, Armut und Umweltzerstörung niederschlagen. Es finden sich eine Vielzahl an Beispielen im Kleinen wie im Großen.

Eine Katastrophe, die auch den deutschen Konsumentinnen und Konsumenten offenbarte, welche fatalen Missstände sich in der profitorientierten globalisierten Produktion niederschlagen, war der Dambruch des Rückhaltebeckens einer Eisenerzmine im November 2015 in Mariana in Brasilien: Dort gelangten tausende Tonnen giftigen Schlammes in einen Fluss, brachten das gesamte örtliche Ökosystem zum Kippen und zerstörten so die Lebensgrundlage hunderttausender Menschen. Die Mine, in deren Betreibergesellschaft auch deutsche Banken investiert hatten, versorgte Kaffeehersteller mit Aluminium für Kaffeekapseln – ein Gegenstand unseres täglichen Gebrauch hier in Deutschland und in anderen Industriegesellschaften.

Aber auch hier in Deutschland und im Besonderen in NRW sind die Folgen von sozial und ökologisch nicht nachhaltiger Produktion zu spüren: Die intensive, industrielle Landwirtschaft

Datum des Originals: 10.12.2019/Ausgegeben: 11.12.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

sorgt mit dem exzessiven Einsatz von Gülle für überhöhte Nitratwerte in unsern Böden und im Trinkwasser und in der hiesigen Fleischindustrie arbeiten tausende Entsendearbeiter aus Osteuropa zu niedrigsten Löhnen und miserablen Bedingungen.

Es bedarf also einer Neuausrichtung unserer Produktions- und Lebensweise auf einer Vielzahl von Ebenen: Wir müssen ressourcenschonender und menschenwürdiger produzieren und als Verbraucherinnen und Verbraucher nachhaltiger und sozial verantwortlich konsumieren. Eine solche Verantwortung kann aber nicht allein auf die Einzelnen abgeladen werden. Es bedarf eines starken staatlichen Handelns, das zum Neudenken des aktuellen Wachstums- und Wohlstandsbegriff anregt, die bisherige Konsumstrukturen kritisch hinterfragt und das die Vorgabe für alle gibt: Fair geht mehr.

Ein Gutteil der notwendigen Veränderungen und Maßnahmen auf dem Weg zu einem nachhaltigeren Konsum muss auf der globalen und der europäischen Ebene angegangen werden. Die Vereinten Nationen haben mit der Agenda 2030 und den „Sustainable Development Goals“ die großen internationalen politischen Zielvorgaben für das nächste Jahrzehnt und darüber hinaus festgelegt (siehe UN-Resolution A/RES/70/1). Ziel Nummer 12 dieser 17 Nachhaltigkeitsziele umfasst „Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster“.

Nicht nur die Müllproduktion soll verringert und die Wiederverwertbarkeitsrate von Konsumprodukten gesteigert, sondern auch Unternehmen animiert werden, nachhaltig und sozial verantwortlich zu produzieren und zu wirtschaften. Verbunden mit diesen Unterzielen ist auch ein expliziter Appell an sämtliche politische Ebenen und Akteure, auch und vor allem auf der regionalen Ebene, sich für die Verwirklichung dieser Ziele einzusetzen.

EU-Staaten schneiden bei der Erreichung der 17 Nachhaltigkeitsziele bei diesem Ziel in einer aktuellen Zwischenbilanz am schlechtesten ab (siehe COM (2019) 22 final). Der Nachholbedarf, auch für Deutschland und Nordrhein-Westfalen, ist hier also offensichtlich. Im Rahmen des „New Deal for Consumers“ betont die Europäische Kommission die Wichtigkeit von nachhaltigem Verbrauch (siehe etwa COM (2018) 183, S. 18). So seien in Zukunft vor allem zusätzliche Anstrengungen zur Sensibilisierung notwendig, damit Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzt werden, informierte Kaufentscheidungen zu treffen und einen einfachen Zugang zu umweltfreundlichen Produkten zu erhalten.

In ihrem Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft (siehe COM (2015) 614) und dem Bericht über dessen Umsetzung (siehe SWD (2019) 90 final) stellt die Kommission eine Reihe von Impulsen dar, die auch produktionsseitig zu einem nachhaltigen Konsum beitragen, wie etwa in den Bereichen des Umgangs mit Kunststoffen und Plastik oder dem Einsatz von chemischen Stoffen.

Gerade in diesen Bereichen ist Nordrhein-Westfalen als Standort gefragt, an kreativen, zukunftsfähigen Lösungen mitzuarbeiten.

Es wird deutlich, dass auch intensive Anstrengungen auf nationaler und regionaler Ebene unerlässlich für den nötigen Paradigmenwechsel hin zu einem nachhaltigen und sozial verantwortlichen Konsum sind.

Die Bundesregierung hat dazu Anfang dieses Jahres ein „Nationales Programm für nachhaltigen Konsum“ veröffentlicht, dessen Maßgaben und Konzepte auch und gerade auf der Landesebene, hier bei uns in Nordrhein-Westfalen umzusetzen sind:

Dazu gehören beispielsweise die Förderung der Sharing Economy im Hinblick auf Mobilität, mehr Regionalität und Saisonalität im Einzelhandel, ebenso dort der Verzicht auf unnötige Verpackungen bis hin zu „Unverpackt“-Märkten, der Kampf gegen Lebensmittelverschwendung, der Kampf gegen die „Wegwerfgesellschaft“ und die Förderung von Repair Cafés oder Recyclingmethoden, aber auch Trends wie Öko-Tourismus und Second-Hand Textilien.

In all diesen Bereichen darf es nicht darum gehen, Verbraucherinnen und Verbraucher zu bevormunden: Im Gegenteil gilt es, ihnen die Wertschöpfungskette der konsumierten Waren, die Bedeutung und den möglichen Mehrwert ihres Handelns und ihre eigene Macht als Konsumenten transparent und umfassend offenzulegen. Von einem wirklich fairen NRW profitieren die Vielen, nicht nur Wenige.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Eine Landesstrategie für verantwortungsvollen Konsum zu schaffen, welche die Maßgaben des „Nationalen Programms für nachhaltigen Konsums“ der Bundesregierung auf die Landesebene herunterbricht, die strukturellen und demografischen Besonderheiten Nordrhein-Westfalens berücksichtigt und klare und nachprüfbare Ziele verankert, die sowohl die Verbraucherseite als auch die Produktionsseite betreffen.
2. Einen landesweiten Preis für nachhaltigen Konsum auszuloben, der kategorienscharf Best Practice in den verschiedenen Lebens- und Wirtschaftsbereichen identifiziert und auszeichnet.
3. Eine Landkarte des nachhaltigen Konsums für NRW zu erstellen und damit für mehr Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit für diese Projekte sorgt.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Rüdiger Weiß
Inge Blask

und Fraktion